



Haußmann: Missbrauch der Notfallpraxen und Selbsteinweisungen ins Krankenhaus beenden

Zur Meldung, wonach der Vizechef der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg eine Gebühr vorgeschlagen habe, um den Ansturm der Patienten auf die Notaufnahmen zu stoppen, sagte der gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Jochen Haußmann**:

„Der Vorschlag der Kassenärztlichen Vereinigung mit der Erhebung einer Gebühr für die Nutzung der Notaufnahmen geht in die richtige Richtung. Wir erleben leider viel zu oft, dass in den Notfallpraxen, die für dringende ambulante Fälle am Wochenende und außerhalb der Öffnungszeiten der Hausärzte gedacht sind, Menschen drängen, bei denen die Erkrankung nicht akut ist. Dies produziert unnötige Belastungen für das Gesundheitssystem, die die Allgemeinheit zu tragen hat. Gleiches gilt für Selbsteinweisungen ins Krankenhaus.

Krankenhäuser dienen aber vom Grundsatz her nicht der ambulanten Versorgung. Hierfür haben wir exzellente niedergelassene Ärzte und ein modern eingerichtetes Konzept der Notfallpraxen an einigen Krankenhausstandorten.

Wer diese Infrastruktur dringend benötigt, ist sicherlich bereit, einen gewissen Kostenanteil zu übernehmen und im Gegenzug sehr froh, wenn Menschen nicht die Versorgung blockieren, die dort überhaupt nicht hingehören. Diesen Missbrauch zu beenden, liegt im Interesse derer, für die das Angebot gedacht ist. Natürlich sind auch Ausnahmeregelungen für Risikopatienten oder chronisch kranke Menschen erforderlich.“